



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2016, Chur  
**Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia**

(Es gilt das gesprochene Wort)

## **Krisenkapitalismus am Abgrund – wehren wir uns gemeinsam für eine bessere Welt!**

Der globale Kapitalismus taumelt von einer Krise zur nächsten. Das Krisenmanagement der Regierungen, Zentralbanken und internationalen Finanzinstitutionen wird immer hektischer. Doch die Medizin, welche sie der kränkelnden Weltwirtschaft verabreichen, verpufft wirkungslos.

### **Wirtschaftlich-ökologische Doppelkrise**

Das billige Geld, mit dem die Zentralbanken die Märkte fluteten, hat den Aufschwung nicht gebracht. Statt in produktive Investitionen fliesst es in die **Spekulation** mit Währungen und Börsenkursen und Rohstoffpreisen. Gleichzeitig steigt die **Verschuldung** ins Unermessliche. Der globale Schuldenberg entspricht heute der Wirtschaftsleistung von drei vollen Jahren. Immer mehr Länder stecken in der Schuldenfalle. Um neue Kredite zu bekommen, müssen sie ihrer Bevölkerung eine harte Sparpolitik aufzwingen.

Noch extremere Ausmasse erreicht die **ungleiche Verteilung** des Reichtums. 70 Millionen Superreiche – das reichste Prozent – besitzen heute schon mehr als die übrigen rund sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Die Schere öffnet sich immer weiter. Schuld daran ist die völlig unzureichende Besteuerung von Vermögen und Kapitalgewinnen sowie die anhaltende Verschiebung von Profiten in Steueroasen. Zudem werden immer grössere Teile des erarbeiteten Reichtums in Form von Kapitalgewinnen abgeschöpft, während die Löhne stagnieren.

Zur ökonomischen Krise kommt die **ökologische** hinzu. Der exponentiell wachsende Verbrauch von Rohstoffen und Energie, die zunehmende Belastung von Böden, Wasser und Luft, die Übersäuerung und Überfischung der Weltmeere, der sich beschleunigende Klimawandel und die damit einhergehenden Dürrekatastrophen auf allen Kontinenten: Das alles führt zu einem verschärften Konkurrenzkampf um Wasser, Nahrung und knapper werdende Ressourcen. Mit schlimmen Folgen: Armut, Umweltzerstörung und Konflikte treiben immer mehr Menschen in die Flucht. Von 2012 bis 2014 stieg die offizielle Zahl der Vertriebenen von 45 auf 60 Millionen Menschen.

### **Neoliberale Weltunordnung**

Mit den Problemen wächst der Bedarf an **politischer Weltordnung**. Internationale Institutionen, für alle verbindliche Regeln und die Menschenrechte müssten gestärkt werden. Doch wir erleben das Gegenteil: Einen zunehmend chaotischen Krieg um Reichtum und Einfluss zwischen Regionalmächten, autoritären Regimes, Wirtschaftsblöcken, Petro- und Finanzoligarchen sowie pseudo-staatliche Terror-Organisationen.

Dabei reissen die **multinationalen Konzerne** immer mehr Macht an sich. Die 150 grössten unter ihnen, die meisten aus der Finanzwirtschaft, beherrschen gemäss einer aktuellen ETH-Studie die Weltwirtschaft. Und in Geheimverhandlungen ausgedeilte Freihandelsabkommen wie TTIP und

CETA sollen jetzt die Vormacht der Unternehmen endgültig besiegeln. Z.B. mit nicht-staatlichen Gerichten, welche die Interessen von Investoren gegen staatliche Regulierungen schützen.

Die **EU** droht an den Folgen ihrer eigenen neoliberalen Politik zu zerbrechen. Statt ihre politische Integration zu vertiefen und sich zu demokratisieren, setzt sie mit einer harten Austeritätspolitik die Interessen der Finanzmärkte durch. Am Beispiel Griechenlands führt sie vor, dass Schuldendienst, Sozialabbau und Privatisierungen um jeden Preis durchgesetzt werden. Den Preis für die teuren Bankenrettungen müssen Arbeitnehmende, Junge, Rentenbezüger und sozial Schwache zahlen. Selbst demokratische Wahlen und Volksentscheide sollen nichts daran ändern.

Auf die politische folgt die **moralische Bankrotterklärung**. Seit der Syrienkrieg im vergangenen Jahr eskalierte und mehr Menschen nach Europa fliehen, verschärfen die Staaten dort ihren Abschreckungswettbewerb. Der politische Mainstream übernimmt die nationalistischen und xenophoben Parolen der Rechtspopulisten, Asylrecht und Humanität fliegen über Bord. Auf der Strecke bleiben Tausende von im Mittelmeer Ertrunkenen, Kinderleichen an mediterranen Ferienstränden und frierende Flüchtlingstrecks an den Stacheldrahtverhauen der Balkan-Staaten.

### **Keine Insel der Seligen**

In diesem Krisen-Sturm, ist die Schweiz keine unberührte Insel der Seligen – die Polit-Folkloristen der SVP mögen das noch so lange behaupten, es bleibt eine Lüge. Und zwar in jeder Hinsicht:

**Erstens** machen die globalen Entwicklungen nicht an den Schweizer Landesgrenzen halt. Das gilt für die Wirtschaftskrisen. Das gilt für die Klimakatastrophe. Das gilt aber auch für die fundamentale Umgestaltung der ganzen Arbeitswelt. Fleiss und ehrliche Arbeit sind auch in der reichen Schweiz schon lange keine Garantie mehr für eine würdige Existenz. Loyalität und Fachkompetenz gelten plötzlich nichts mehr, und langjährige Mitarbeiter landen auf der Strasse, wenn die Renditen der Finanzinvestoren noch rascher steigen sollen.

Die wilde, weil unregulierte Digitalisierung der Arbeitswelt beschleunigt diese gefährliche Entwicklung. Bestehendes Wissen wird noch schneller entwertet, die einseitige Daten-Kontrolle gibt den Unternehmen noch mehr Macht, vergleichsweise sichere Arbeitsplätze werden immer weiter flexibilisiert und schliesslich durch prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzt und in immer mehr Branchen werden die Arbeitnehmenden einem globalen Konkurrenzkampf ausgesetzt.

**Zweitens** richten die neoliberalen Krisenrezepte auch in unserem Land grossen Schaden an. Der Kniefall der Nationalbank vor den Finanzmärkten ist ein deutliches Beispiel dafür. Die Aufhebung der Wechselkursbindung hat innert Jahresfrist bereits Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Kein Wunder hat die Zahl der Armen in der Schweiz wieder zugenommen – auf 530'000 Menschen. 800'000 Menschen können sich nicht einmal eine Woche Ferien leisten, und über eine Million ist offiziell armutsgefährdet.

Nur die Reichen profitieren von der Umverteilungspolitik nach oben. Die 300 Reichsten von ihnen steigerten ihr Vermögen in den letzten vier Jahren von 481 Milliarden auf 596 Milliarden Franken. In kaum einem anderen Land der Welt ist der Wohlstand derart ungleich verteilt. Und ausgerechnet der Blocher-Clan, der sein Vermögen zwischen 2011 und 2015 auf 5,5 Milliarden Franken mehr als verdoppelte, zockt besonders schamlos ab.

**Drittens** tun die Mächtigen in unserem Land alles dafür, dass die Schweiz ein «sicherer Hafen» für die Superreichen dieser Welt bleibt. Die Auseinandersetzungen um die Unternehmenssteuerreform III macht das besonders deutlich: Weil auf Druck der OECD Steuerschlupflöcher für Konzerne gestopft werden müssen, haben die bürgerlichen Parteien umgehend eine radikale generelle Steuersenkung für Unternehmen aufgegleist. Und als vor wenigen Wochen der Skandal um die «Panama-Papers» aufplatzte und klar wurde, dass jede sechste Briefkastenfirma in diesem globalen Steuerhinterziehungsnetzwerk von einem Schweizer Finanzinstitut initiiert worden ist, wer

sprang für diese Bande von Steuerbetrüchern öffentlich in die Bresche? Unser SVP-Finanzminister Ueli Maurer höchstpersönlich schämte sich nicht, die führende Rolle der Schweiz bei solchen Machenschaften zu verteidigen! Das Resultat dieser Privilegienwirtschaft spricht für sich: Ein Viertel des weltweit vorhandenen privaten Finanzvermögens wird heute in der Schweiz verwaltet. Und nirgendwo sonst leben gemessen an der Bevölkerung so viele Milliardäre wie hier.

### Von der Wut zum Widerstand

Ich verstehe nur allzu gut, dass diese Kette von Krisen, Katastrophen und schreienden Ungerechtigkeiten immer mehr Menschen wütend macht. Ich bin auch wütend. Und am allerwütendsten macht mich, dass die Leute, welche dafür verantwortlich sind, die aufkommenden Ängste und Frustrationen auch noch auf ihre eigenen politischen Mühlen lenken.

Mit einer jahrzehntelange Sündenbock-Kampagne, welche von Christoph Blocher und anderen Milliardären finanziert wird, hat die SVP **Fremdenfeindlichkeit** in der Schweiz wieder salonfähig gemacht. Und seit der knappen Annahme ihrer unsäglichen Masseneinwanderungsinitiative, haben diese Kreise immer mehr Arbeitgeberverbände auf ihre arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Linie gebracht. Statt die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen zu stärken und damit die Errungenschaft der Personenfreizügigkeit abzusichern, rufen diese Arbeitgeber nun lauter und lauter nach neuen Diskriminierungen, Deregulierungen und Steuersenkungen. Und mit ihrer neuen Parlamentsmehrheit wollen sie die Renten senken, das Rentenalter auf 67 Jahre erhöhen, das Arbeitsgesetz aushebeln und für einen Grossteil der Arbeitnehmenden jegliche Beschränkung der Arbeitszeiten abschaffen.

Das muss in der Tat wütend machen!

Wut alleine führt uns aber noch nirgends hin. Wir müssen und können uns erfolgreich wehren, wenn wir zusammenstehen und **gemeinsam kämpfen**. Die Verteidigung des Rentenalters 60 auf dem Bau im letzten Herbst und das klare Nein zur sogenannten Durchsetzungsinitiative der SVP im Februar zeigen: Solidarität und Widerstand lohnen sich.

Hier müssen wir in den nächsten Monaten und Jahren ansetzen. Denn es stehen uns entscheidende Kämpfe bevor:

- Wir müssen die geplanten **Einschnitte bei der Altersvorsorge** abwehren und kämpfen mit der Initiative AHVplus für das solidarischste unserer Sozialwerke.
- Die Angriffe auf das Arbeitsgesetz, auf die Gesamtarbeitsverträge und die Flankierenden Massnahmen sowie die Deregulierungsabkommen TTIP und CEFTA richten sich direkt gegen die **Rechte von uns Arbeitnehmenden**. Wir brauchen keine längeren Arbeits- und Ladenöffnungszeiten, wir brauchen nicht immer mehr Flexibilität und Druck, wir brauchen einen besseren Schutz der Löhne, Arbeitsbedingungen und gute Arbeit für alle!
- Und schliesslich haben Diskriminierungen den Arbeitnehmenden noch nie einen Vorteil gebracht. Im Gegenteil: Fortschritte erreichen wir immer dann, wenn wir gemeinsam für unsere **Grundrechte** eintreten. Wir verlangen darum Respekt vor den Menschenrechten und sagen Nein zur sogenannten „Selbstbestimmungsinitiative“ der SVP. Wir fordern eine humane Asylpolitik und die rasche Aufnahme von 50'000 Flüchtlingen. Wir stehen zur Personenfreizügigkeit mit der EU und lehnen diskriminierende Aufenthaltsstatute und Kontingente ab. Und wir wollen, dass die ganze Bevölkerung an der Demokratie teilhaben kann. Darum starten wir eine Einbürgerungsoffensive und halten an der Ausdehnung der demokratischen Rechte auf unsere MitbürgerInnen ohne Schweizer Pass fest.

**Solidarität – Schlüssel für eine bessere Welt**

Diese entscheidenden Kämpfe um eine bessere Zukunft, können wir gewinnen, wenn sich die sozialen, ökologischen und demokratischen Kräfte solidarisch verbinden. Wir Gewerkschaften sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten. Hier in der Schweiz, aber auch auf internationaler Ebene.

Das Scheitern des neoliberalen Krisenmanagements eröffnet uns **neue Chancen**. Die Bedeutung der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen nimmt zu. In Südeuropa entsteht eine neue Linke. Immer mehr Sozialdemokraten brechen mit neoliberalen Konzepten. Sogar in den USA ist ein demokratischer Sozialist zum ernsthaften Präsidentschaftskandidat avanciert. Und last but not least: mit dem Pariser Klimaabkommen und den von der Uno-Generalversammlung im Herbst 2015 verabschiedeten Zielen für nachhaltige Entwicklung, liegt erstmals eine kohärente Agenda für eine soziale und ökologische Entwicklung der Weltinnenpolitik vor.

**Unsere Aufgabe ist es nun, diese Chancen zu packen. Die Botschaft des 1. Mai ist der Schlüssel dazu: Gemeinsam sind wir stark – Uniti siamo forti**